

BEATA BLEHOVA

Michail Gorbačëv und der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei

Das Jahr 1985, in dem ein neuer und im Vergleich zu seinen Vorgängern wesentlich jüngerer und dynamischerer Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, markierte in Bezug auf die tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen zunächst keine Wende. Die Grundlage des gegenseitigen Verhältnisses bildete der am Höhepunkt der „Normalisierungspolitik“ unterzeichnete Freundschaftsvertrag vom 6. Mai 1970, in dessen Präambel das Kernstück der Brežnev-Doktrin aufgenommen worden war: „Die Unterstützung, Festigung und Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften ist eine gemeinsame internationale Pflicht der sozialistischen Länder.“¹ Damit sollte die sowjetische Hegemonie besiegelt werden, wofür man den höchst diskreten Ausdruck eines „höheren Niveaus der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen“ verwendete². Die ČSSR hingegen wurde stärker in den Ostblock integriert, Wissenschaft, Kultur, Schulwesen, Medien, Gesundheitswesen, Tourismus und Körpererziehung sollten im Rahmen der als verbindlich festgelegten „gegenseitigen Zusammenarbeit“ gestaltet werden. Im Außenhandel bestand ebenfalls eine hohe Abhängigkeit: Der Anteil der UdSSR betrug im Jahre 1985 circa 45 Prozent; um 12 Prozentpunkte mehr als 1969. Dagegen sank jener der westlichen Länder und erreichte 1985 nur mehr 15,5 Prozent. Im Austausch erhielt die Tschechoslowakei aus der Sowjetunion billige Lieferungen an Erdöl und Rohstoffen³. Neben der außen- wie handelspolitischen Abhängigkeit bestand auch eine sicherheitspolitische durch die Einbindung der Tschechoslowakei in und die Unterstellung unter das Vereinte Kommando der Streitkräfte des Warschauer Paktes, das sich als ein sowjetisches Instrument zur Koordinierung militärischer und politischer Ziele erwies. Nach der Invasion der Warschauer-Pakt-Staa-

¹ Der Text des Vertrages in: Archiv der Gegenwart 40 (1970) 15447f.

² Adolf Müller, Zur Lage in der Tschechoslowakei, in: Osteuropa 23 (1973) 8, 599–617 hier 612.

³ Die UdSSR begann Anfang der neunziger Jahre, die Rohstofflieferungen in die sozialistischen Länder radikal zu kürzen, womit sie den Zusammenbruch des RGW beschleunigte. Christoph Buchheim, Die Integration der Tschechoslowakei in den RGW, in: Bohemia 42 (2001) 1, 1–10.

ten am 21. August 1968 und der nachfolgenden Unterzeichnung des Truppenstationierungsvertrags über den Verbleib von etwa 80.000 sowjetischen Soldaten blieb das Land bis 1989 de facto besetzt. Dass sich an diesen Tatsachen zunächst nichts ändern sollte, beweist auch der Umstand, dass der Warschauer Vertrag eineinhalb Monate nach Gorbačëvs Amtseinführung, am 26. April 1985, um weitere zwanzig Jahre verlängert wurde⁴.

Die entscheidungsrelevanten außenpolitischen Richtlinien wurden nicht in erster Linie im tschechoslowakischen Außenministerium gemacht. Der zwar erfahrene und loyale Außenminister Bohuslav Chňoupek, der beinahe fünfzehn Jahre sein Amt leitete, war weder Mitglied des Parteipräsidiums noch dessen Kandidat und gehörte somit nicht der Parteiführung an. Vielmehr war er in seinen Agenden dem Chefideologen der Partei untergeben. Der aus ärmsten Verhältnissen stammende ehemalige Schusterlehrling Vasil Bifak, der in Abendkursen seine fehlende Ausbildung nachholte und sich schließlich als von Brežnev auserkorener Vertrauensmann auf lange Zeit in der Parteiführung etablieren konnte, leitete bis zum 11. Dezember 1988 die Ideologische ZK-Kommission der Kommunistischen Partei (Komunistička Strana Československa, KSČ) und danach die ZK-Kommission für Außenpolitik und war somit für die ideologische Linien- und Bündnistreue des Landes nach außen hin zuständig. Für den Vorrang der Ideologie des „proletarischen Internationalismus“ vor den tatsächlichen staatspolitischen Interessen des Landes spricht zweifellos auch die Tatsache, dass eine ausschließlich der Außenpolitik gewidmete ZK-Kommission erst im Jahre 1988 unter dem Einfluss der Perestrojka eingerichtet wurde. Bis dahin war für diesen Bereich die Ideologische Abteilung unter Bifak zuständig.

Die fest eingefahrenen Schemata und Denkmuster der „normalisierten“ tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen begannen sich langsam unter dem Einfluss der Perestrojka und der Glasnost' zu ändern. Noch am 28. Oktober 1985, als Bifak den Redakteuren des westdeutschen „Spiegel“ in einem Interview weismachen wollte, dass niemand in Osteuropa ein einheitliches sowjetisches Modell durchsetzen wolle und folglich jedes Land seinen eigenen Weg zum Aufbau des Sozialismus gehen dürfe⁵, waren noch keine Anzeichen einer wenigstens sprachlichen Wende bemerkbar. Im selben „Spiegel“-Gespräch lehnte er die Meinung der Redakteure, es gebe unter Gorbačëv „neue Akzente“ in der Politik, entschieden ab⁶. Doch etwa zwei

⁴ Der Warschauer Pakt wurde am 1. Juli 1991 aufgelöst. Anatolij Gribkov, *Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses* (Berlin 1995) 111.

⁵ Vasil Bil'ak, *Unser Löwe ist immer noch ein Löwe*, in: *Der Spiegel*, 28. Oktober 1985, 166–168 hier 167.

⁶ Ebenda 168.

Monate später verwendete er in einer Rede den Ausdruck „das neue Denken“⁷, den die Gefolgsleute Gorbačëvs im Kreml nunmehr als Alpha und Omega des neuen Kurses betrachteten⁸.

Einen ersten Vorgeschmack bevorstehender Reformen im ideologisch-propagandistischen Bereich, die das „neue Denken“ in die tagespolitische Ordnung brachte, konnte der ZK-Sekretär für Kultur und Medien, Jan Fojtík, bei seinem Besuch in der Sowjetunion vom 13. bis 18. Oktober 1986 gewinnen. Fojtík war von den sowjetischen Reformplänen wenig begeistert. Da er aber einige Ambitionen hegte und seinen Karrierehöhepunkt als Vollmitglied des Parteipräsidiums nahen sah, wusste er, dass das sowjetische Vorbild nicht einfach abzulehnen war. Eine Übernahme sollte jedoch nicht in Form einer blinden Nachahmung geschehen, sondern nur – wie es nun im politischen Jargon der Biřak-Gefolgsleute hieß – unter Berücksichtigung der eigenen tschechoslowakischen Sondermerkmale, wovon während der beinahe zwanzigjährigen „Normalisierung“ kaum zu hören gewesen war. In seinem in einer Ideologiekonferenz im Oktober 1986 gehaltenen Referat, worin er Durchschnittlichkeit, Heuchelei, Schlamperei, Karrieresucht und Amtsmissbrauch des Apparates kritisierte und das geringe Wirtschaftswachstum beklagte, erklärte Fojtík, die KSČ habe von anderen Bedingungen als die KPdSU auszugehen, und warnte dringlich davor, mit dem Wechsel an der Spitze der sowjetischen Führung Hoffnungen auf einen radikalen Umbruch und eine Schwächung des Sozialismus zu hegen⁹. Fojtík, der zwar am Aktionsprogramm vom April 1968 mitgearbeitet hatte, es aber später scharf verurteilte, wusste, dass eine Revision der sowjetischen Haltung zur Intervention am 21. August 1968 das Ende der Prager Nomenklatura bedeutete hätte.

Als Fojtík samt Delegation im Oktober 1986 in Moskau eintraf, wurde er von keinen geringen Chargen empfangen: dem Ersten Sekretär des Moskauer Stadtpartei Komitees Boris Elcin, ZK-Sekretär Aleksandr Jakovlev,

⁷ Hinweise auf die Notwendigkeit des „neuen Denkens“ findet man schon in der Information über das aktuelle Geschehen in der UdSSR, die dem Parteipräsidium von Biřak am 3. Juli 1985 zur Einsichtnahme vorgelegt wurde. Státní úřřední archiv [Staatliches Zentralarchiv, Prag] (SÚA), PÚV KSČ, 135/85, 9046/24, Informace o aktuálních otázkách vnitropolitického vývoje v SSSR, 3. Juli 1985.

⁸ So etwa setzte der sowjetische Außenminister Eduard Ševardnadze die Perestrojka überhaupt einem neuen politischen Denken gleich. Seiner Auffassung nach sollten die grundlegenden Wandlungen in der Außenpolitik der Sowjetunion durch die Politik der Perestrojka, also durch die praktische Politik des neuen Denkens, durchgeführt werden. Eduard Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit (Reinbeck 1991) 95.

⁹ Jaromír Sedlák, Vliv změn v SSSR na cestu k listopadu 1989 v ČSSR. Pohled z okolí expremiéra L. Štroukala v letech 1971–1989 [Der Einfluss der Vereinbarungen in der UdSSR auf den November 1989 in der ČSSR. Der Blick aus dem Umfeld des Expremiers L. Štrougal in den Jahren 1971–1989] (unveröff. Manuskript 1993) 28f.

einem der einflussreichsten Männer in der Umgebung Gorbačëvs, und dem nicht weniger bedeutenden Perestrojka-Anhänger und ZK-Sekretär Vadim Medvedev. Die tschechoslowakische Delegation wurde zunächst eingehend über die Einführung der Glasnost' im Bereich der sowjetischen Medien benachrichtigt. Der Stil der Berichterstattung, die sich nunmehr an Prinzipien einer offenen Kritik und einer lebendigen Darstellung des sowjetischen Alltags zu orientieren hatte, sollte „revolutionär“ verändert werden. Die an Zustimmung und Bejahung gewöhnten hochrangigen Partei- und Staatsfunktionäre mussten nunmehr in offenen Diskussionen auf oft unangenehme Fragen antworten, das Fernsehen strahlte mehr aktuelle Live-Sendungen aus, die Zuschauerquote stieg. Berichtet wurde auch über die Beschreibung neuer Wege in der Ausbildung der Journalisten, die sich insgesamt eines besonderen Interesses der Propagandaabteilung erfreute und eng an die parteipolitische Ausbildung der eigenen Kader geknüpft war¹⁰. Ferner sprach Jakovlev über eine allgemeine Ausrichtung der ideologischen Arbeit der KPdSU bezüglich der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA. Diese würden nach wie vor versuchen, die Sowjetunion moralisch zu isolieren. Er kritisierte die amerikanische „Massenkultur“ wie auch die „Amerikanisierung“ Europas. „Es geht uns darum, die amerikanisierte Auffassung der Kultur aufzudecken und zu verwerfen, [...] wir kämpfen auch gegen alle Vorzeichen der amerikanischen Popmusik – dieser Pseudokultur – das ist das eigentliche Feld der ideologischen Arbeit.“ Zum Schluss betonte Jakovlev nochmals die Bedeutung einer „Veränderung der Denkens“ für den Erfolg der Perestrojka¹¹.

In einer kurzen Reaktion namens der tschechoslowakischen Delegation meinte Fojtík, dass sich die Perestrojka und die dynamische Persönlichkeit des Generalsekretärs bei den Tschechen und den Slowaken einer allgemeinen Beliebtheit erfreuten; auch die *byvši* (die ehemaligen Reformkommunisten) hätten den „neuen Kurs“ begrüßt und wollten an ihm „schmarotzen“, damit er ihnen wieder an die Macht ver helfe¹².

Es fällt auf, dass seitens der Moskauer Gastgeber jegliche Empfehlungen, Forderungen und konkreten Hinweise hinsichtlich des Umganges mit den Massenmedien in der „befreundeten“ ČSSR fehlten. Da in Moskau nicht vorgeschrieben, sondern lediglich über die aktuellen Ereignisse im Partei- und Staatsgeschehen der UdSSR „informiert“ wurde, entstand die Frage, inwieweit die KSČ-Führung die in Erfahrung gebrachte Linie auch tatsäch-

¹⁰ SÚA, PÚV KSČ, 19/86, 1365/25, Informace o návštěvě delegace KSČ vedené J. Fojtíkem v Sovětském svazu, 3. November 1986.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

lich im eigenen Land umsetzen musste und welchen Freiraum sie dabei besaß.

„GORBAČEV IN BREŽNEVS UMARMUNG.“¹³
DER TSCHECOSLOWAKEI-BESUCH IM APRIL 1987

Der offizielle Besuch Gorbačëvs in der Tschechoslowakei im April 1987 ist inzwischen zum Synonym für eine vertane Chance auf eine innenpolitische Wende geworden – nicht nur, weil der erste Mann im Ostblock verab-säumte, die Perestrojka den Ideen des „Prager Frühlings“ gleichzusetzen; im Gegenteil vermittelte er durch seine benevolente Haltung gegenüber Husák den Eindruck, die „Normalisierungspolitik“ der KSČ zu unterstützen. Die hohen und zum großen Teil unrealistischen Erwartungen der Bevölkerung auf eine Ablöse der ungeliebten Politiker und eine Rückkehr zum „Prager Frühling“ erfüllten sich ebenso wenig wie die Hoffnungen einiger reformgesinnter Spitzenpolitiker, Gorbačëvs Besuch werde ihre Position stärken. Dies galt für Premierminister Štrougal, der es wagte, mit einer ungewöhnlich scharfen Rede gegen diejenigen, die sich nur scheinbar mit der Perestrojka solidarisierten und Reformeifer zeigten, ansonsten aber nur am Machterhalt interessiert seien, an die Öffentlichkeit zu treten. Die als ein Signal nach Moskau gedachte Rede blieb jedoch ohne jegliche Wirkung: Sie wurde weder in der sowjetischen „Pravda“ veröffentlicht, noch fand sie in Moskau eine andere Form der Huldigung¹⁴.

In den bereits zugänglichen Archivdokumenten des KSČ-Präsidiums findet man keinen der bei solchen offiziellen Besuchen üblichen ausführlichen Berichte über den Ablauf und die abgehaltenen Gespräche. Bislang liegt lediglich ein Bericht über den Besuch des Außenministers Ševardnadze in der ČSSR am 4. und 5. Februar 1987 vor, auf dem die geplante Reise Gorbačëvs angekündigt wurde¹⁵. Näheres über den Inhalt der Außenmin-tergespräche können wir aus den unveröffentlichten Memoiren Sedláks erfahren, der als Mitarbeiter des Amtes der föderalen Regierung über solche Einzelheiten einigermaßen informiert war. Laut seinen Ausführungen wurde in Moskau der Beschluss gefasst, wonach Gorbačëv bei seinem Besuch zwar die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten nicht verteidigen, aber gleichzeitig nichts unternehmen oder aussagen sollte, was die Machtverhält-

¹³ So der einfallsreiche Titel von: Zdeněk Mlynář, Gorbačëv v Brežněvově objetí, in: Listy 17 (1987) 2, 2–13.

¹⁴ Vgl. Milan Hübl, Cesty k moci [Wege zur Macht] (Praha 1990) 81.

¹⁵ SÚA, PÚV KSČ, 27/87, 1945/25, Informace o průběhu a výsledcích oficiální přátelské návštěvy člena politického byra ÚV KSSS a ministra zahraničných věcí SSSR s. E.A. Ševardnadzeho v ČSSR ve dnech 4.–5. února 1987, 18. Februar 1987.

nisse in Prag erschüttern könnte; lediglich die Notwendigkeit einer Perestrojka sollte eingemahnt werden. Änderungen in der tschechoslowakischen Führung seien auf das Ende des Jahres hinauszuschieben, um nicht den Anschein zu erwecken, Moskau mische sich in die inneren Angelegenheiten der „brüderlichen“ Tschechoslowakei ein¹⁶.

Wie die Reise Gorbačëvs zeigte, wurde dieses Szenario eingehalten. Der Generalsekretär besuchte die Tschechoslowakei zu einem Zeitpunkt, als zwar in seinen Überlegungen die Intention weitgehender politischer Transformation feststand, sie jedoch nicht nur im Zentralkomitee, sondern in der gesamten Partei noch erkämpft werden musste¹⁷. Die tschechoslowakische Führung war sich wohl darüber im Klaren, dass die Stagnation der letzten zwanzig Jahre, in der jede Erinnerung an 1968 von Leuten wie Běľak als eine „konterrevolutionäre Verschwörung“ gebrandmarkt wurde, sich dem Ende näherte und das sowjetische Modell berücksichtigt werden musste. So begannen im Februar 1987 die ersten Beratungen des Präsidiums zur Vorbereitung eines umfassenden Dokuments, das auf den „Umbau des wirtschaftlichen Mechanismus“ hinauslaufen sollte, aber auch im politischen Bereich Veränderungen versprach¹⁸.

Für Gorbačëv war das Problem der Tschechoslowakei neben Afghanistan sicherlich eines der schwierigsten Erbstücke der Brežnev-Ära, das nicht mit einem Male zu lösen war und sehr vorsichtig behandelt werden musste. Auf der anderen Seite gehörten er und seine Mitarbeiter nicht mehr jener Generation an, die in die Intervention verwickelt gewesen war. In diesem Sinne war das Jahr 1968 für ihn Teil der bereits vergangenen Geschichte, die nicht im Mittelpunkt der gegenseitigen Beziehungen stand und deshalb auch nicht eigens behandelt werden musste. Seine vorsichtige Ausklammerung dieser Streitfrage aus allen Reden und öffentlich geführten Gesprächen sprach für diese Einsicht. Gewiss bedeutete das für diejenigen, die sich eine Korrektur des sowjetischen Standpunktes erwarteten, eine große Enttäuschung, und die Frage, warum es 1987 nicht zu einer Revision der Bewertung des „Prager Frühlings“ kam, zieht sich nach wie vor durch die

¹⁶ Sedlák, Vliv 44.

¹⁷ Zum maßgeblichen Durchbruch kam es in der XIX. Allunionsparteikonferenz am 28. Juni bis 1. Juli 1988, die gemeinsam mit dem Volksdeputiertenkongress vom Frühjahr 1989 insgesamt als Höhepunkt von Gorbačëvs Macht bewertet wird, da sein reformorientierter Kurs nicht nur inhaltlich, sondern auch personalpolitisch bestätigt wurde. Archie Brown, *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht* (Frankfurt am Main 2000) 295. Siehe auch Chronology, in: *The End of Cold War in Europe 1989: „New Thinking“ and New Evidence. Briefing Book* der gleichnamigen Konferenz in Musgrove (Mai 1998) 1–9.

¹⁸ SÚA, PÚV KSČ 28/87, Využitie podnetov januárového zasadania ÚV KSSZ pre rozpracovanie a realizáciu záverov XVII. zjazdu KSČ, 26. Februar 1987.

wissenschaftlichen Debatten¹⁹. Man muss aber davon ausgehen, dass der konfliktscheue Gorbačëv in der Tschechoslowakei keine neuen Probleme wünschte, denn zu diesem Zeitpunkt war nicht abzusehen, welche Folgen eine solche Korrektur für die innenpolitischen Verhältnisse in der ČSSR und damit auch für die Sowjetunion gehabt hätte²⁰. Gorbačëv hatte auch keinen Grund, den überaus Moskau-treuen und loyalen Husák²¹, den führende Kremlberater als intelligenten, aufgeschlossenen Mann schätzten²², zu kritisieren und somit in Schwierigkeiten zu bringen. Als jedoch die Frage der Nachfolge Husáks aktuell wurde, lehnte er dessen Vorschlag ab, ihm einige Zeit für die Vorbereitung „neuer Kader“ im Politbüro zu gewähren und somit die fast sichere Wahl des in Husáks Augen ungeeigneten Kandidaten Jakeš zu verhindern.

Insgesamt enttäuschten der Besuch Gorbačëvs und seine oberflächlichen wie unpersönlichen Ansprachen nicht nur den Großteil der Bevölkerung, sondern auch die Reformkommunisten um Štrougal, die auf Unterstützung gehofft hatten. Die Sowjetunion brauchte jedoch Ruhe an der „westlichen Front“ und wollte daher verfrühte Handlungen keine unnötigen Konflikte heraufbeschwören²³.

DAS „SYNDROM DES JAHRES 1968“

Das „1968-Syndrom“ bestimmte in den letzten zwei Jahren der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei die gegenseitigen Beziehungen in beträchtlichem Maße, obwohl Gorbačëv mehrmals erklärte, er betrachte die Frage nicht als Angelegenheit der KPdSU. Unter den reformgesinnten Anhängern Gorbačëvs waren es vor allem Intellektuelle wie die Mitarbeiter des Bogomolov-Instituts und höchstwahrscheinlich Oleg Bogomolov selbst, die für eine Revision der bisherigen Sichtweise der Prager Ereignisse des Jahres 1968 im Kreml eintraten. Ihre Bedenken über die Richtigkeit und Notwendigkeit der Intervention wie auch der damit ver-

¹⁹ Vlk Smetana, Mezinárodní historická konference. Demokratická revoluce v Československu 1989, předpoklady, průběh a bezprostřední výsledky [Internationale Historikerkonferenz. Die demokratische Revolution in der Tschechoslowakei 1989, Voraussetzungen, Verlauf, Ergebnisse], in: Soudobé dějiny 6 (2000) 4, 627–637.

²⁰ Vgl. Mlynář, Gorbačëv 2f.

²¹ Die unbedingte Loyalität zu Moskau gehört zu den wesentlichsten Charaktereigenschaften Husáks. Siehe dazu eine ausgezeichnete Charakteranalyse von Svätoslav Mathé, Dvadsaťpäť postáv modernej slovenskej politiky (Gustáv Husák) [25 Persönlichkeiten der modernen slowakischen Politik] (Bratislava 1997) 47. Mathé bezeichnet Husák als einen treuen Diener Moskaus.

²² Georgij Šachnazarov, S voždjami i bez nich [Mit den Führern und ohne sie] (Moskva 2001) 160.

²³ Mlynář, Gorbačëv 3.

bundenen Frage einer Konterrevolution äußerten sie in den meisten Fällen der ausländischen Presse gegenüber.

Obwohl die Erfahrungen des „Prager Frühlings“ ein wichtiges Thema für die sowjetischen Reformer waren, findet man in ihren Publikationen bis 1989 nur selten Hinweise auf diese Debatte. Lediglich die Zeitschrift des Friedenskomitees veröffentlichte einige Artikel über 1968 und seinen Stellenwert für den Reformprozess²⁴. Eine offizielle Anerkennung des „Prager Frühlings“ wurde erst ausgesprochen, als die Frage eigentlich nicht mehr aktuell war. So verglich Gorbačëv in seinem Gespräch mit Dubček während dessen Besuch am 21. Mai 1990 in der Sowjetunion die damaligen Versuche der Opposition, die Perestrojka rückgängig zu machen, mit dem gewaltsamen Ende des „Prager Frühlings“: „Dass die Versuche einer Erneuerung in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 gekippt wurden, erwies sich als ein ungeheurer strategischer Fehler, der sich auch auf die Entwicklung in der Sowjetunion negativ auswirkte. Als Brežnev 1964 an die Macht kam, wurden viele weit gehende progressive Schritte unternommen. [...] Die Unterdrückung mit Hilfe des Militärs im August 1968 begrub alle diese Reformen und Neuerungen. Wir haben sehr viel Zeit verloren, aber ohne diese früheren Erfahrungen gäbe es möglicherweise auch die heutigen Reformen nicht.“²⁵

Am 10. Januar 1988 veröffentlichte die Tageszeitung der italienischen Kommunistischen Partei „L'Unità“ ein Interview mit Alexander Dubček. Der ehemalige Erste Sekretär der KSČ verteidigte darin seine Politik im Jahre 1968 und kritisierte die darauf folgende „Normalisierung“. Die so genannte „Erneuerungsbewegung“ innerhalb der Partei verglich er mit der Perestrojka. Darüber hinaus forderten die italienischen Kommunisten Gorbačëv bei dessen Besuch in Italien auf, die Rolle Dubčeks zu überprüfen. Am 15. Januar 1988 wurde auch das tschechoslowakische Parteipräsidium aufgerufen, folgende Erklärung zu erwägen: „Dubček unterliefen zu seiner Zeit viele ernsthafte Fehler. Trotzdem blieb er weiterhin Kommunist, er war nie Feind der Partei, der KPdSU und der UdSSR, und seine Taten waren nicht gegen den Sozialismus gerichtet.“²⁶ Eine solche Erklärung zur Rehabilitierung Dubčeks hätte möglicherweise seine Rückkehr in die Politik erwirkt und laut dem italienischen Kommunistenführer Alessandro Natta ein bedeutendes Signal für die ganze Welt und die Versöhnung in der

²⁴ Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka (Frankfurt/New York 1994) 183.

²⁵ Gorbachëv-Fond [Archiv der Gorbačëv-Stiftung, Moskau] (GF), f. 1, op. 1, Zapis besedy M.S. Gorbačëva s predsedatelem Federal'nogo sobranija Češskoj i Slovačkoj Federativnoj Respubliki A. Dubčekom, 21. Mai 1990.

²⁶ SÚA, PÚV KSČ, 55/88, 4117, Zpráva o priebehu a výsledkoch pracovnej návštevy Jakeša v ZSSR 11.–12.1.1988, 15. Januar 1988.

Tschechoslowakei dargestellt²⁷. Die KSČ-Führung sah sich allerdings dazu völlig außer Stande und wurde auch von Gorbačëv nicht ermutigt. Im Gegenteil: Die Propagandaabteilung des ZK bezeichnete das Interview als das seit 1969 „bedeutendste Auftreten“ für einen offenen politischen Kampf. Die offizielle Interpretation der Ereignisse des Jahres 1968, dargelegt im ideologischen Traktat „Die Lehre aus der Krisenentwicklung in der Partei und der Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag“, werde damit umgedeutet, wobei man am meisten die Rückkehr der Reformkommunisten in die Parteiführung fürchten müsse²⁸.

Gorbačëvs strikte Linie der Nichteinmischung wurde insbesondere im Falle der Bewertung des Jahres 1968 eingehalten. Deutlich geht das aus seinem Gespräch mit Jakeš am 11. Januar 1988 während dessen offiziellen Besuches in Moskau hervor. Der sowjetische Generalsekretär dürfte laut Bericht an das KSČ-Präsidium Folgendes gesagt haben: „[...] die noch lebenden Vertreter des rechten Flügels in der ČSSR und diejenigen, die ins Ausland emigriert sind, bemühen sich, den revolutionären Umbau in der UdSSR zu missbrauchen. Sie wollen uns beweisen, dass sie dasselbe wollen, aber eigentlich schmarotzen sie an der Perestrojka. Wir wissen alle, was sie der Partei angetan haben, was sie für eine Beziehung zum Warschauer Pakt haben [...] der Januar 1968 war richtig, aber die Entwicklung war eine andere – die Partei gab eine Position nach der anderen auf.“²⁹ Die italienischen Kommunisten wüssten laut Gorbačëv sehr genau, dass weder die KPdSU noch die KSČ ihre Einstellung zu der „internationalen Hilfe“ ändern würden. Die KPdSU lehne es eindeutig ab, die Perestrojka mit der Tätigkeit der Rechten im Jahre 1968 zu verbinden. Jakeš, der an den Säuberungen Anfang der siebziger Jahre direkt beteiligt war, konnte sichtlich beruhigt aus Moskau abreisen.

Über eine solche „prinzipientreue“ Haltung erfreuten sich in Prag manche. Wie Biřak über die Reformideen dachte, kann anhand seines drei Wochen vor seinem Rücktritt im Dezember 1988 stattgefundenen Gesprächs mit Honecker rekonstruiert werden. Biřak, der bekanntlich einen noch kritischeren und pessimistischeren Standpunkt gegenüber der Perestrojka als der eher reservierte Honecker einnahm³⁰, griff im Gespräch die Rückstän-

²⁷ Ebenda.

²⁸ Jiří Suk [u.a.], *Chronologie zániku komunistického režimu v Československu, 1985–1990* [Die Chronologie des Unterganges des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei] (Praha 1999) 28.

²⁹ SÚA, PÚV KSČ, 55/88, Zpráva o priebehu a výsledkoch pracovnej návštevy Jakeša v ZSSR 11.–12.1.1988, 15. Januar 1988.

³⁰ Siehe die Einleitung zu dem veröffentlichten Archivadokument von Oldřich Tůma, „Žijeme ve velmi složité době.“ Záznam z rozhovoru E. Honeckera a V. Biřaka 24.11.1988 [„Wir leben in einer schwierigen Zeit.“ Protokoll der Unterredung zwischen E. Honecker und V. Biřak am 24.11.1988], in: *Soudobé dějiny* 2 (1995) 2–3, 361–373 hier 363.

digkeit des zaristischen Russlands an, das im Gegensatz zu der „industriell hoch entwickelten, bourgeois-demokratischen Tschechoslowakei“ unter grundsätzlich anderen Bedingungen das sozialistische System aufzubauen begonnen habe³¹. Das Argument der Rückständigkeit Russlands, das er ein „Land der Mužiks“ nannte³², benützte er, um seine Kehrtwende von einem absolut loyalen Gefolgsmann der in Moskau vorgegebenen Linie zum nunmehrigen Verfechter des „Rechtes auf einen eigenen Weg der Tschechoslowakei beim Aufbau des Sozialismus“ zu erklären. „Ein ungeheurer Druck entsteht, um die sozialistischen Länder zu destabilisieren [...] die Angriffe auf Stalin – wie im Jahre 1968 in der ČSSR – werden letztendlich gegen die Partei gerichtet [...] die Legitimität der bolschewistischen Partei wird in Frage gestellt. So wie früher nicht nur Hitler, sondern der Hitlerfaschismus als Ganzes verurteilt wurden, kann eine Bewegung entstehen, durch welche nicht nur Stalin, sondern die gesamte Partei abgelehnt werden können.“³³

Für Bifak war evident, dass nicht nur der neue Kurs in der UdSSR, sondern auch die allmähliche Liberalisierung und Sozialdemokratisierung in Polen und Ungarn eine grundsätzliche Gefahr für den Kommunismus als solchen bedeuteten, der in seinem Wesen mit der Sozialdemokratie unvereinbar war. Für einen so verstandenen Kommunismus stalinistischer Prägung war jeder Gedanke an eine Aussöhnung mit anderen politischen Richtungen fehl am Platz und ein Signal für den Untergang. Bifak nannte deshalb Gorbačëv einen Verräter und einen Totengräber des Kommunismus³⁴. Bifaks Ausführungen machen deutlich, wie unversöhnlich das dogmatische Festhalten am stalinistischen Einparteimodell war. Auf der anderen Seite gab er sich keinen Illusionen über die Überlebenschancen der kommunistischen Regimes hin – ein Standpunkt, der möglicherweise die Resignation seiner Partei ein Jahr später erklären mag. Er meinte diesbezüglich Honecker gegenüber, er habe eine solch schwierige Zeit in den 38 Jahren seiner politischen Tätigkeit nicht erlebt³⁵.

Gorbačëv wiederholte seinen Standpunkt zu 1968 Husák gegenüber, der sich nunmehr als Staatspräsident am 12. April 1988 zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion aufhielt. Auf Husáks Hinweis auf die neuerliche Kritik des italienischen Kommunistenchefs Natta sagte Gorbačëv, dass die kritischen Äußerungen nicht von seiner Führung mitgetragen würden und dass man in Moskau nicht über eine Revision nachdenke. Husák meinte

³¹ Ebenda 366.

³² Ebenda 363. „Mužik“ bezeichnet hier einen einfachen russischen Bauern.

³³ Ebenda 366.

³⁴ So Bifak im Gespräch mit der Autorin am 23. November 2001. Er brachte den Vergleich, dass der Papst doch niemals die römisch-katholische Kirche auflösen würde.

³⁵ Tůma, „Žijeme ve velmi složitě době.“ 366.

daraufhin, man würde in Prag gerne die Beziehungen zu den italienischen Kommunisten „normalisieren“, sie würden jedoch Interviews mit Dubček, Medvedev und Pelikán veröffentlichen und eine Neubewertung erwarten. „Wir halten uns an die herkömmliche Bewertung der Ereignisse des Jahres 1968. Der Weg, den die Tschechoslowakei seit der Krise gegangen ist, bestätigt die Richtigkeit der gewählten Politik“³⁶, ließ sich Gorbačëv hören. Er informierte sich auch über die Position Štrougal, der laut Husák nach den letzten personellen Veränderungen fürchtete, seinen Posten zu verlieren.

Zum letzten Male besuchte Jakeš am 18. April 1989 die Sowjetunion, um dort Gorbačëv zu treffen. Über dieses bedeutende Treffen, das Jakeš die Gelegenheit bot, sich über die Denkweise des sowjetischen Generalsekretärs Klarheit zu verschaffen und daraus notwendige Konsequenzen zu ziehen, gibt es mehrere Aufzeichnungen. Zunächst ist es der übliche Bericht, der dem Parteipräsidium der KSČ vorgelegt und in dem ausführlich über den Inhalt der Gespräche berichtet wurde³⁷, dann eine abgekürzte Gesprächsaufzeichnung, die von einem seiner Berater angefertigt wurde und sich im Archiv der Gorbačëv-Stiftung befindet³⁸, und ein Schreiben des ostdeutschen Botschafters in Prag Helmut Zierbart an Erich Honecker vom 24. April 1989, das vertrauliche Informationen über den Besuch enthält³⁹. Nicht zuletzt wird dieses Treffen ausführlich in den Memoiren des politischen Beraters Gorbačëvs, Georgij Šachnazarov, behandelt⁴⁰.

³⁶ GF, f. 1, op. 1, 88apr12.doc, Zapis osnovnovo sodržanija besedy M.S.Gorbačëva s členom Prezidijskuma ZK KPČ, Prezidentom ČSSR G. Gusakom, 12. April 1988. In tschechischer Übersetzung erschienen in: Vilém Prečan [u.a.] (Hgg.), K vývoji sovětské politiky vůči státům Varšavské smlouvy. Dokumenty a materiály 1989–1990 [Zur Entwicklung der sowjetischen Politik gegenüber den Ländern des Warschauer Paktes] (Praha 1999) 7, 131. In englischer Übersetzung in: Vilém Prečan (Hg.), The democratic revolution in Czechoslovakia: Its preconditions, course and immediate repercussions, 1987–1989. A Briefing Book for an International Conference (Prague 1999) Dokument 5.

³⁷ SÚA, PÚV KSČ, 113/89, 7542/25, Zpráva o pracovním setkání generálního tajemníka ÚV KSČ s. M. Jakeše s generálním tajemníkem ÚV KSSS s. M.S. Gorbačëvem v Moskvě 18. dubna 1989, 21. April 1989.

³⁸ GF, f. 1, op. 1, Zapis osnovnogo sodržanija besedy M.S. Gorbačëva s M. Jakešem, 18. April 1989.

³⁹ Oldřich Tůma, Poslední léta komunistického režimu v Československu ve zprávách velvyslance NDR v Praze (1987–1989) [Die letzten Jahre des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei im Spiegel der Berichte des Botschafters der DDR in Prag], in: Soudobé dějiny 3 (1996) 2–3, 371–373.

⁴⁰ Georgij Šachnazarov war 1971 bis 1987 stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, ab 1988 nahm er als politischer Berater Gorbačëvs u.a. an den Sitzungen des Politbüros der KPdSU teil. Siehe das russische Original seiner Memoiren: Georgij Šachnazarov, Cena svobody. Reformacija Gorbačëva glazami ego

Aus allen Gesprächsaufzeichnungen ist zu entnehmen, dass Jakeš in erster Linie beabsichtigte, von Gorbačëv eine verbindliche Erklärung über 1968 einzuholen oder ihn vielmehr nachdrücklich zu bitten, die sowjetische Position nicht zu revidieren. So behauptete Jakeš zur Untermauerung seiner Linie, die Politik vom Januar 1968 sei zwar richtig gewesen, in Folge habe aber die Partei ihre Kontrolle über deren Umsetzung verloren und im Sommer 1968 habe alles mit einer Konterrevolution geendet. Nichtsdestotrotz unterstütze die tschechoslowakische Führung die Perestrojka, man wünsche aber keine Erschütterungen und keine Wiederholung des Jahres 1968⁴¹. Gorbačëv gab letztendlich zu, er halte es nicht für sinnvoll sich einzumischen und meinte, die Entscheidung, die Einschätzung der Ereignisse zu ändern, obliege der KSČ⁴². Neben diesem wichtigen Punkt war Jakeš bestrebt, die Fortsetzung der militärischen Zusammenarbeit zu erreichen sowie die sinkende sowjetische Nachfrage nach tschechoslowakischen Rüstungsgütern wie Panzern, Flugzeugen und Rundfunktechnik und die damit verbundene Stilllegung der Rüstungsproduktion, die beträchtliche soziale Probleme zu verursachen drohte, hinauszuzögern. Die geplante Senkung der Rüstungsausfuhr in die Sowjetunion sollte nach dem Vorschlag Jakeš' erst im Jahre 1992 erfolgen⁴³.

Trotz dieser Beteuerungen kommen jedoch aus den Gesprächsaufzeichnungen deutlicher als zuvor die nicht mehr zu verbergenden Differenzen zum Ausdruck. Jakeš lehnte eine weitere Demokratisierung und Pluralisierung des politischen Systems entschieden ab, weil für ihn die Frage kompromisslos hieß: „Entweder wir oder sie!“ Dadurch trieb er die Führung in die Isolation, woraus sie letztendlich nur noch die mit Gewalt unterdrückte Opposition retten konnte. Zu diesem Zeitpunkt musste er im Kreml als ein notorischer Hasser der Perestrojka betrachtet werden. So hatte er bei seinem Kuba-Besuch einvernehmlich mit Fidel Castro den sowjetischen Kurs als „einen Verrat am Marxismus-Leninismus, an der Revolution und am Sozialismus [...] als eine opportunistische und revisionistische Tat ohnegleichen“ bezeichnet⁴⁴. Gorbačëv seinerseits zeigte etwa bis Ende 1988 eine gewisse Großzügigkeit gegenüber Jakeš, dann aber meinte er bei einer Be-

pomošćnika (Moskva 1993) 109. Die verkürzte deutsche Übersetzung: Georgi Schachnasarow, Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater (Bonn 1996) 111–113. Siehe auch: Jacques Lévesque, *The Enigma of 1989. The USSR and the Liberation of Eastern Europe* (Berkeley/Los Angeles/London 1997) 179f.

⁴¹ Schachnasarow, Preis 111–113.

⁴² Ebenda 112.

⁴³ SÚA, PÚV KSČ 113/89, Zpráva o pracovním setkání generálního tajemníka ÚV KSČ s. M. Jakeše s generálním tajemníkem ÚV KSSS s. M.S. Gorbačovem v Moskvě 18 dubna 1989, 21. April 1989.

⁴⁴ Siehe Karel Durman, *Útěk od praporu [Die Fahnenflucht]* (Praha 1998) 424.

ratung im Kreise seiner Mitarbeiter am 15. Januar 1989, einen Situationsbericht des KGB über die Tschechoslowakei vorlesend: „Unsere Perestrojka wird dort wild gehasst [...] von der gesamten Bande, die 1968 an die Macht kam und dann von Brežnev begünstigt wurde [...] sie prophezeit unseren Untergang.“⁴⁵ Im Gespräch mit Jakeš zeigte er sich aber zurückhaltend und gab auch manche Fehlentwicklungen nicht nur in seinem Lande, sondern auch in Polen und Ungarn zu, wo sich seit Längerem eine tiefe wirtschaftliche und politische Krise abzeichnete. Seine Ausführungen beendete er mit der Aussage: „Bei uns [...] gab es keine derartige Erfahrung, wie sie die Tschechoslowakei während der bourgeoisen Republik durchmachte, daher müssen wir noch viel lernen“, und gab gleichzeitig bekannt, dass die politische Entwicklung unumkehrbar sei⁴⁶.

Zu einer weiteren Herausforderung für das erstarrte ideologische System in der Tschechoslowakei wurde der offizielle Besuch des Politbüromitglieds Aleksandr Jakovlev, der vom 12. bis 16. November 1988 in der ČSSR weilte. Durch sein Auftreten an der Parteihochschule des ZK in Prag löste er einen regelrechten Wirbel aus. Biřak, der einen ausführlichen Bericht dem Politbüro vorlegte, beschwerte sich darüber bei einem anderen Anlass, nämlich in seinem Gespräch mit Honecker in Berlin am 16. Dezember 1988. Seiner Klage nach habe Jakovlev verlangt, die Rolle der führenden Kräfte in der Gesellschaft zu überdenken, was laut Biřak eine klare Verneinung der führenden Rolle der Arbeiterklasse zugunsten einer bestimmten Elite bedeuten würde⁴⁷. Abgesehen davon sprach sich Jakovlev für die Einführung eines „objektiv anerkannten Rechtsstaates“ und für einen gesellschaftlichen Dialog aus. Er sagte wörtlich: „Bei uns wurde nun die letzten dreieinhalb Jahre niemand aus politischen Gründen verhaftet, kein einziges Mal wurden Waffen verwendet, und wir haben auch nicht vor, das zu tun.“⁴⁸

DIE VERTANE CHANCE AUF EINE WENDE UNTER ADAMEC

Es kann nur spekuliert werden, warum Gorbačëv nichts unternahm, den „untreu“ gewordenen Jakeš gegen einen reformorientierten Mann aus der Spitze der KSČ auszutauschen, wie er es in Bulgarien und in der DDR anstrebte. Einen solchen Mann gab es, gewiss mit Vorbehalten, und zwar den nach dem Rücktritt Štrougal im Oktober 1988 designierten föderalen Pre-

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ GF, f. 1, op.1, 89apr.18b.doc, 18. April 1989.

⁴⁷ Tůma, „Žijeme ve velmi složité době.“ 367.

⁴⁸ SÚA, PŮV KSČ, 93/88, 63687, Zpráva o priebehu a výsledkoch jednania pracovnej návštevy člena politbyra a tajomníka ÚV KSSZ Jakovleva v ČSSR 12.–16.11.1988, 18. November 1988. Im Bericht liegt keine Beurteilung der Auftritte Jakovlevs vor.

mierminister Ladislav Adamec. Es ist bekannt, dass er ähnlich wie zuvor Štrougal um einen Vertrauensvorschuss aus Moskau bemüht war, der sicherlich notwendig war, um einen Machtwechsel zu bewältigen. Der in Schweden lebende Historiker tschechischer Herkunft Karel Durman kommt zum Schluss, dass in der KSČ, im Unterschied zu Bulgarien, keine dermaßen starke Gruppe existierte, die fähig gewesen wäre, im Kampf um die Macht auf die riskante „Gorbačëv-Karte“ zu setzen. „Die Tendenzen, die sich in den Bemühungen der ZK-Sekretäre Hegenbart und Adamec zeigten, blieben am Rande. Auch wenn wir über ein Zeugnis verfügen, wonach die KGB-Agentur in Prag Jakeš sehr kritisch gegenüber stand, bleibt die Rolle des ‚Hegenbart-KGB-Faktors‘ in den revolutionären November-Ereignissen auf der Ebene der Spekulationen.“⁴⁹

Im Gegenteil konnte die Tschechoslowakei als eines der Mitglieder des „Eisernen Dreiecks“ gemeinsam mit Honecker und Ceaușescu durch die Personaländerungen im Laufe des Jahres 1988 ihre Anti-Perestrojka-Positionen noch festigen. Unter dem Vorzeichen des Jakeš-Gorbačëv-Gesprächs im Januar 1988 wurden die Änderungen im Apparat im neunten ZK-Plenum der KSČ am 8. und 9. April 1988 vorgenommen, wobei die mit der Wahl Jakeš' stärker gewordene Fraktion der nach Milan Hübl sehr treffend genannten „Männer des 21. August“ nun alle wichtigen Posten im mächtigen Parteisekretariat besetzten⁵⁰. Insgesamt bedeuteten die Personalrochaden an der Spitze beider Parteien eine Verhärtung alter Positionen par excellence.

Ein halbes Jahr später sah sich der neue Vorsitzende der föderalen Regierung Adamec dem mächtigsten Mann im Ostblock in einem „Vorstellungsgespräch“ gegenüber. Auf den ersten Blick überrascht die Offenheit Adamecs, der nicht nur – wie es oft geschah – über die positiven Seiten der neuesten Entwicklung berichtete, sondern sich nicht fürchtete zuzugeben, wie es mit der vorgetäuschten Begeisterung im Parteiapparat tatsächlich stand: „Ich sage Ihnen ehrlich, der Apparat sympathisiert nicht mit der Perestrojka.“⁵¹ Adamec fügte seiner Feststellung noch die berühmte Aussage hinzu, die Gorbačëv in seinen Erinnerungen zur Kapitelüberschrift wählte: „[...] was die Parteiorganisationen betrifft, so lassen wir uns von der, wie man bei uns zu sagen pflegt, alttschechischen Methode leiten: vse burno odobrjajut perestrojku, no nikto ničëgo ne delaet“ [alle begrüßen laut die Perestrojka, aber keiner tut etwas].⁵² Adamec berichtete, dass er vorhabe,

⁴⁹ Durman, Útěk 424f.

⁵⁰ So Hübl, Cesty 107.

⁵¹ GF, f. 1, op.1, 88nov02.doc, Zapis besedy General'nogo sekretarja CK KPSS M.S. Gorbačëva s členom Prezidiuma CK KSČ, Predsedatelem pravitel'stva ČSSR L. Adamec, 2. November 1988.

⁵² Ebenda.

in der Föderalversammlung am 8. November eine Regierungserklärung über die unpopulären Erscheinungen wie die chronische Knappheit an Konsumgütern, die Bürokratisierung, schwerwiegende Mängel im Gesundheitswesen, hohe Verluste durch ineffektive Investitionen in die Wirtschaft abzugeben. Bei der Schilderung der wirtschaftlichen Lage bezeichnete er nicht, wie es auf der sowjetischen Seite immer üblich war, die ČSSR im Verhältnis zu den anderen osteuropäischen Ländern als ein entwickeltes Wohlstandsland, sondern er wagte den Vergleich mit Österreich und der Schweiz und meinte, dabei komme die Tschechoslowakei viel schlechter weg. Gorbačëv schien über eine solche Lagebeurteilung angetan, und in seinen Erinnerungen findet man in Bezug auf Adamec gerade dieses Zitat: „Treffender als viele seiner Kollegen beschrieb Adamec die allgemeine Stimmung, indem er sagte: Unsere Menschen vergleichen den Lebensstandard und die Lebensweise der Tschechoslowakei nicht mit Polen, Bulgarien und Ungarn, sondern mit Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland.“⁵³

Adamec ließ auch etwas von seiner Denkweise durchblicken, als er meinte, für das Land sei es sicherlich kein Problem, auf dem Weltmarkt Waren einzukaufen. „Aber in einem Monat verbrauchen wir sie und es bleiben uns Schulden zurück. Daher, wenn wir Kredite nehmen wollen, dann nicht für den Verbrauch, sondern um neue Technologie anzukaufen.“⁵⁴ Sicherlich spiegelt sich hier nicht nur sein Denken, sondern auch die intellektuelle Arbeit seines Sekretariats, des Amtes der Bundesregierung und nicht zuletzt des Wirtschaftsprognoseinstituts, das von seinem Vorgänger ins Leben gerufen worden war, um neue Wege zur Lösung der Wirtschaftskrise zu erschließen. Solche kritischen Äußerungen auf höchster Ebene sind auch ein Beweis, dass es innerhalb der Partei Kräfte gab, die uneigennützig an eine positive Entwicklung in ihrem Lande dachten und bereit waren, ihren Intellekt dafür einzusetzen⁵⁵. Es gehört jedoch zu den Widersprüchen der damaligen Zeit, dass auch vernünftige Vorschläge und Gesetzesentwürfe nach mehrmaliger Bearbeitung im Parteiapparat in ihrer verstümmelten Endfassung nicht mehr an eine Reform erinnerten.

⁵³ Michail Gorbatschow, Erinnerungen (Berlin 1996) 885.

⁵⁴ GF, f. 1, op.1, 88nov02.doc, Zapis besedy Generalnogo sekretarja CK KPSS M.S. Gorbačëva s členom Prezidiума CK KSČ, Predsedateľem praviteľstva ČSSR L. Adamcem, 2. November 1988.

⁵⁵ Einige der ehemaligen Mitarbeiter der beiden Bundesregierungschefs wie zum Beispiel Jaromír Sedlák, František Nevařil und Oskar Krejčí meldeten sich bereits mit ihren Erinnerungen zu Wort, die sich von der Schwarz-Weiß-Darstellung, in der es „nur gute Dissidenten und schlechte Kommunisten“ gibt, unterscheiden und die Ereignisse in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Adamec bemühte sich sehr um Gorbačëvs Unterstützung, um die Parteispitze zu erobern und den Perestrojka-feindlichen Jakeš zu ersetzen. Nach dem Zeugnis eines seiner Berater, Oskar Krejčí, beauftragte der Premierminister seinen Pressechef Michal Pavel im Mai 1989, in einer geheimen Mission und ohne Wissen der dortigen tschechoslowakischen Botschaft nach Moskau zu fliegen, um über die schwierige Lage in der ČSSR zu berichten und Hilfe zu bekommen. Die sowjetischen Vertreter hörten ihm zwar aufmerksam zu, versprachen jedoch nichts. Eine ähnliche Situation wiederholte sich im November 1989, als Adamec wiederum keine Unterstützung aus Moskau gewährt wurde⁵⁶.

GORBAČEV UND DER 17. NOVEMBER

Das Verhalten der KSČ-Führung nach der gewaltsam niedergeschlagenen Studentendemonstration am 17. November hing insbesondere von zwei Fragen ab: erstens, wie erfolgreich sich die neu entstandenen revolutionären Bürgerforen, die in ihren Forderungen von der Bevölkerung durch täglich stattfindende Massendemonstrationen in beinahe allen größeren Städten des Landes unterstützt wurden, behaupten konnten, und zweitens, wie man in Moskau reagieren würde. Dabei zeigte sich die nunmehr unnachgiebige Politik Moskaus, die Parteigenossen in Prag auf eine konsequente Perestrojka-Linie zu zwingen. Mit dieser Botschaft kehrte der Ideologiechef Jan Fojtík am Abend des 17. Novembers aus Moskau zurück, wo er sich von dem sowjetischen Politbüromitglied Vadim Medvedev hatte sagen lassen müssen, die Sowjetunion erwartete nun endlich echte Reformen in Prag, für deren Implementierung die Zeit reif sei. Falls diese ausbleiben sollten, müsse die KSČ weitere Generalstreikforderungen der Studenten und Dissidenten gewärtigen⁵⁷.

Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Fojtík und Medvedev, der die Unterredung in seinen Memoiren festgehalten hat, stand jedoch die Frage der Neuinterpretation des Jahres 1968. Dazu meinte Medvedev, für die sowjetische Seite, die auf die Brežnev-Doktrin bereits verzichtet habe, bedeute eine Neubewertung keine Gefahr, sondern vielmehr eine logische Folge des neuen politischen Denkens. Sie könnte jedoch als offene Stellungnahme

⁵⁶ Oskar Krejčí, Listopad začal v srpnu. Poznámky o roce 1989 [Der November begann im September. Aufzeichnungen über das Jahr 1989], in: *Ekonom* 43 (1999) 14–18 hier 16.

⁵⁷ Ústav Soudobých dějin [Institut für Zeitgeschichte, Prag] (ÚSD AV ČR), Telegram from the US Embassy in Prague to the US Department of State, on the apparently increased vulnerability of the Jakeš regime after the first November demonstrations, 20. November 1989.

gegen die Führung in der Tschechoslowakei verstanden werden, die nach wie vor auf den Grundlagen des „Normalisierungsdokuments“ „Die Lehren aus der krisenhaften Entwicklung“ agierte und sich nicht auf eine Liberalisierung des Systems einlassen wollte. Daher müsse die Initiative zur Neubewertung des Jahres 1968 von Prag selbst ausgehen. Hierin beharrte Medvedev auf der im Kreml üblichen Floskel, wonach es der KSČ-Spitze obliege zu entscheiden, welche Schritte gesetzt werden sollten⁵⁸. Deutlich zur Stellungnahme aufgefordert wurde Gorbačëv schließlich in einem offenen Brief an den US-Präsidenten und den Vorsitzenden des Obersten Sowjet vom 21. November, worin sich das Bürgerforum als Sprecher der tschechoslowakischen Öffentlichkeit bezeichnete und erklärte, die Politik der Nichteinmischung wirke sich kontraproduktiv aus, da sie in Wirklichkeit die konservative KP-Führung des Landes unterstütze: „The silence over the August 1968 intervention constitutes real interference in the internal affairs of Czechoslovakia.“⁵⁹

Am Rande des für Fojtík sicherlich enttäuschenden Besuchs in Moskau (er wurde trotz früherer Einladung nicht von Gorbačëv empfangen) sei eine kurze Anekdote erwähnt, welche die Wirrnis jener Tage und die offensichtliche Hilflosigkeit der führenden ZK-Mitarbeiter deutlich vor Augen führt. Jaroslav Čejka, Mitarbeiter der Kulturabteilung des ZK der KSČ, schreibt in seinen anonym herausgegebenen Memoiren, dass er im Frühherbst 1989 Zeuge eines kurzen Gesprächs zwischen Medvedev und Fojtík in Berlin gewesen sei. Demnach sagte der tschechoslowakische Chefideologe zu seinem früheren Studienkollegen: „Was wollt ihr eigentlich von uns? Wollt ihr uns über Bord werfen? Wenn ja, dann sagt das gleich. Wir waren immer von irgendwem abhängig, unsere Souveränität ist ein relativer Begriff. Dreihundert Jahre gehörten wir zu den Habsburgern, zwanzig Jahre lang waren wir abhängig von Frankreich und England, und als uns unsere berühmten Alliierten im Stich gelassen hatten, nahmen uns die Deutschen ein. Nun waren wir vierzig Jahre lang unter euch, aber wenn ihr uns loswerden wollt, so reicht ein Wort. Nur seid sicher, dass wir dann mit der Krone des heiligen Wenzel zu den Westdeutschen gehen werden [...]“⁶⁰

Abgesehen von verbalen Beteuerungen, man wünsche die Beibehaltung des Sozialismus in einer „humaneren Form“ und lehne antisowjetische

⁵⁸ Siehe Vadim Medvedev, *Raspad [Zerfall]* (Moskva 1994). Hier zitiert nach der tschechischen Übersetzung in: Prečan, *K vývoji sovětské politiky* 7, 121.

⁵⁹ Telegram from the US Embassy in Prague to the US Department of State. Text of Letter to President Bush from the „Civic Forum“, Prague, 22. November 1989, in: Vilém Prečan (Hg.), *Praha – Washington – Praha. Depeše velvyslanectví USA v Československu v listopadu a prosinci 1989* (Praha 2004) 126f.

⁶⁰ [Jaroslav Čejka], *Aparát. Soumrak polobohu [Der Apparat. Halbgötterdämmerung]* (Praha 1991) 139.

Handlungen entschieden ab⁶¹, war die sowjetische Haltung in der Tat schwer nachvollziehbar. In entscheidenden Momenten, wie bei der Wahl des neuen Parteichefs am 24. November und später bei der Wahl des neuen Staatspräsidenten, hielt man in Moskau zwar an der offiziellen Linie der Nichteinmischung fest, schadete aber im Grunde genommen mit dieser distanzierten Haltung sich selbst und dem Reformkommunismus. Für die „Sache des Sozialismus“ wäre eine Befürwortung für Adamec notwendig gewesen, die den fehlenden machtpolitischen Rückhalt im Zentralkomitee ausgeglichen und ihn an die Spitze der Partei befördert hätte. Der Moskau-loyale Adamec hätte vermutlich als Vorsitzender der KSČ für die Rettung des Sozialismus mehr getan als der designierte und großteils unbekanntere Parteichef Karel Urbánek. Bekanntlich bemühte sich Adamec mehrmals erfolglos um Gorbačëvs Unterstützung⁶². Durch die konsequente Nichteinmischung ebnete man ungewollt der sowohl antikommunistischen als auch sowjetkritischen Opposition den Weg an die Macht.

Bezeichnend für dieses Verhalten war die Mission des stellvertretenden Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Valerij Musatov, der am Tag nach der Resignation Jakeš' von seinem Vorgesetzten Valentin Falin im Auftrag Jakovlevs nach Prag entsandt wurde, um dort die aktuelle Lage zu erforschen und Informationen zu sammeln, jedoch nicht aktiv in das Geschehen einzugreifen. Dabei sollte er sich keinesfalls mit dem sowjetischen Botschafter Viktor P. Lomakin in Verbindung setzen, der bei den Reformkräften in Moskau kein Vertrauen genoss. In seinen Memoiren erwähnt Musatov, dass er sowohl mit Adamec und seinen Beratern als auch mit den Vertretern des Bürgerforums und der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ verhandelte, sich jedoch jeglicher Intervention enthielt. Beim Treffen mit dem Bürgerforum wurde ihm mitgeteilt, man strebe den völligen Abzug der sowjetischen Truppen vom Gebiet der Tschechoslowakei in möglichst kurzer Zeit an, was Musatov zur Kenntnis nahm⁶³.

Die am 3. Dezember designierte Regierung unter Premierminister Adamec, die als Folge der Verhandlungen mit dem Bürgerforum zustande kam, brachte eine tief greifende Wende in die tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen. Am selben Tag verabschiedete sie die Stellungnahme, dass die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 die völkerrechtlichen Prinzipien der Beziehungen souveräner Staaten verletzt

⁶¹ So zum Beispiel der zeitweilige Chargé d'Affaires in Prag Marat Kuznecov. ÚSD AV ČR, Telegram from the US Embassy in Prague to the US Department of State, on Soviet Embassy officer's view of Czechoslovak developments, 28. November 1989.

⁶² Lévesque, *Enigma* 186. Siehe auch: Krejčí, *Listopad* 16.

⁶³ Valerij Musatov, *Predvestniki buri. Političeskije krizisy v Vostočnoj Evrope* [Vorboten des Sturmes. Politische Krisen in Osteuropa] (Moskva 1996). Hier zitiert nach der auszugswweisen tschechischen Übersetzung in: *K vývoji sovětské politiky* 7, 123ff.

habe. Gleichzeitig forderte sie die Regierung der UdSSR auf, Verhandlungen über den Abzug der Truppen zu beginnen⁶⁴. Am Tag darauf wurde der Einmarsch 1968 in einer Erklärung der sowjetischen Regierung als „nicht angemessener Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten Landes“ anerkannt⁶⁵. Am 8. Dezember war es schließlich die neue Führung der KSČ mit Karel Urbánek an der Spitze, die in einem Brief an die Delegierten der Bezirksparteikonferenzen die Intervention verurteilte, sich vom stalinistischen Modell des Sozialismus wie auch von der früheren Parteiführung distanzierte und die Parteimitglieder aufforderte, am demokratischen Dialog teilzunehmen⁶⁶.

Es dauerte nur noch drei Tage, bis Adamec unter ständigem Druck der Opposition und neuer Ultimaten sich mit den Worten, er habe sein ganzes Leben der Idee des Sozialismus gedient, er werde sich nicht an seiner Demontage beteiligen, endgültig von der politischen Szene verabschiedete⁶⁷. Der bekannte Reformkommunist Zdeněk Mlynář gab Adamec recht, als er meinte, Ultimaten seien für das normale Funktionieren einer Regierung unakzeptabel. Man hätte der neuen Regierung einfach nur Zeit geben sollen, um ohne Druck arbeiten zu können⁶⁸.

Die Verhandlungen über den sowjetischen Abzug wurden von der neuen, am 10. Dezember gebildeten „Regierung der nationalen Verständigung“ geführt. Sie wurden nicht als Bestandteil des multilateralen Prozesses zur Reduktion konventioneller Streitkräfte in Europa betrachtet, sondern als ausschließlich bilaterale Angelegenheit der UdSSR und der ČSSR. Diese Konzeption, die auf der tschechoslowakischen Seite durch den neuen Außenminister Jiří Dienstbier vertreten wurde, konnte sich trotz des Widerstandes der Sowjets durchsetzen. Aufgrund des Abkommens über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei vom 26. Februar 1990 verließen bis zum 30. Juni 1991 die letzten Soldaten das Land.

⁶⁴ Tisková správa o stanovisku vlády ČSSR ke vstupu vojsk Varšavského paktu v roce 1968 do Československa, 4. Dezember 1989, in: Jindřich Pecka, Odsun sovětských vojsk z Československa 1989–1991. Dokumenty (Praha 1996) 30f.

⁶⁵ Prohlášení sovětské vlády ke vstupu armád pěti států Varšavské smlouvy do Československa v srpnu 1968, in: Pecka, Odsun 32.

⁶⁶ Suk, Chronologie zániku 106f.

⁶⁷ Oskar Krejčí, Proč to prasklo aneb Hovory o demokracii a „sametové revoluci“ [Warum zerbrach es? Oder: Gespräche über Demokratie und die „samtene Revolution“] (Praha 1991) 123.

⁶⁸ Vgl. Zdeněk Sládek, Listopad a prosinec 1989 v Československu pohledem oficiálního tisku [Der November und Dezember 1989 in der Tschechoslowakei aus der Sicht der offiziellen sowjetischen Presse], in: Soudobé dějiny 6 (2000) 2–3, 165–186 hier 177.

